

Bürgerversammlung am 22. April 1983
in der Stadthalle zu Freiburg i.Br.
zu den Themen

Gefährdung der Freiburger Bevölkerung durch das geplante Kernkraftwerk Wyhl

x

Alternative Energiekonzepte für Freiburg

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Bürgerversammlung,
liebe Freiburger Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Heute findet zum erstenmal in Freiburg eine Bürgerversammlung nach § 20a der Gemeindeordnung Baden-Württemberg statt. Der Gemeinderat hat auf einen Antrag einer Bürgerinitiative, der mit dem notwendigen Stimmenquorum versehen war, die Durchführung der Versammlung beschlossen und auf heute angesetzt.

Die Stadtverwaltung hat alle ihr möglichen Vorbereitungen getroffen, daß die Versammlung nicht nur einen Verlauf entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nimmt, sondern daß sie sich auch als ein Instrument des demokratischen Meinungsaustausches bewähren kann. Ich bitte Sie alle um Mithilfe, daß wir sachlich und fair einander zuhören und miteinander diskutieren.

Für die Versammlung ist folgender Ablauf vorgesehen:

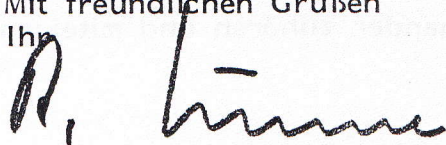
- 20.00 h - 20.15 h Begrüßung, Eröffnung und Einführung durch Oberbürgermeister Dr. Böhme (Versammlungsleiter). Kurze Begrüßung durch einen Vertreter der Initiativegruppe Bürgerversammlung, Herr Nagorni
- 20.15 h - 20.50 h Referate zum Tagesordnungspunkt "Gefährdung der Freiburger Bevölkerung durch das geplante Kernkraftwerk Wyhl"
- Referenten:
Herr de Witt für die Initiativegruppe Bürgerversammlung
Regierungspräsident Dr. Nothhelfer als Vertreter der Landesregierung Baden-Württemberg
Herr Grothefend für die Initiativegruppe Bürgerversammlung
- 20.50 h - 21.30 h Diskussion zum Tagesordnungspunkt mit abschließender Abstimmung über Resolutionsentwurf I (Redezeit je 3 Minuten)
- 21.30 h - 21.50 h Referate zum Thema "Alternative Energiekonzepte für die Stadt Freiburg"
- Referenten:
Herr Siegl, Stadtverwaltung Freiburg
Herr Menzel für die Initiativegruppe Bürgerversammlung
- 21.50 h - 22.30 h Diskussion der Referate mit abschließender Abstimmung über die Resolution II (Redezeit je 3 Minuten)

Alle Bürger, die sich an der Diskussion beteiligen möchten, werden gebeten, sich nach Schluß der Referate zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten an einem Anmeldetisch rechts neben dem Podium zu melden und dort Namen und das Stichwort ihres Diskussionsbeitrages anzugeben. Für die Diskussionsbeiträge stehen zwei Saal-Mikrophone zur Verfügung.

Für die älteren oder behinderten Mitbürger wird die vordere Sitzreihe reserviert. Ich bitte um Ihr Verständnis und entsprechende Rücksichtnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Böhme
Oberbürgermeister

Resolution I

Wir, die versammelten Einwohner der Stadt Freiburg, lehnen den Bau des geplanten AKW Wyhl entschieden ab. Ein Atomkraftwerk ist prinzipiell mit schwersten Unfallgefahren verbunden! Somit stellt das AKW Wyhl eine massive Bedrohung für unsere Gesundheit und unser Leben dar.

Im Hinblick auf das ungeheure mögliche Ausmaß eines Unfalls und seiner Langzeitwirkungen bringt es eine unkontrollierbare Gefahrensituation für unsere Stadt mit sich.

Diese Bedrohung geht schon jetzt von dem AKW Fessenheim aus! Hinzu kommen die unvorhersehbaren Beeinträchtigungen der Umwelt: die Verschlechterung des Klimas, eine unerträgliche Belastung des Rheins, die Gesundheitsgefährdung durch die dauernd abgegebene Niedrigstrahlung.

Durch die als „Baulinie '80“ geplante Veränderung werden Sicherheitsvorkehrungen, die früher vorgesehen waren, nicht mehr berücksichtigt.

Eine weitere Veränderung ist das geplante Kompaktlager. Darin sollen gegenüber der ursprünglichen Planung mehr als doppelt so viele abgebrannte Brennstäbe solange untergebracht werden, bis sie in einer Wiederaufarbeitungsanlage oder in einem zentralen Zwischen- oder Endlager aufgenommen werden können. Da es diese ebenso risikoreichen Entsorgungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik nicht gibt, soll das Kompaktlager in der Zwischenzeit als Atommülldeponie dienen. Dadurch werden weitere Zugzwänge in Richtung einer zentralen Atommülldeponie geschaffen.

Aus diesen Gründen fordern wir den Gemeinderat der Stadt Freiburg auf, in einer öffentlichen Sitzung folgenden Beschluß zu fassen:

- Der Gemeinderat der Stadt Freiburg spricht sich, gestützt auf das Votum der Bürger der Stadt gegen den geplanten Bau des AKW Wyhl aus!
- Die Stadt Freiburg schöpft alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten aus, um den Bau des geplanten AKW Wyhl zu verhindern!
- Die Stadt Freiburg fordert von der Landesregierung den Verzicht auf das geplante AKW Wyhl!
- Die Stadt Freiburg setzt sich mit allen Mitteln für die Stilllegung des AKW Fessenheim ein!
- Die Stadt Freiburg beauftragt in Absprache mit den Bürgerinitiativen ein unabhängiges Forschungsinstitut, die Gefährdung Freiburgs durch das geplante AKW Wyhl zu untersuchen!
- Die Stadt Freiburg beteiligt sich an den bereits entstandenen und noch zu erwartenden Prozeßkosten! (Treuhandkonto Wyhl, K. H. Ullaas, Volksbank Freiburg BLZ 680 900 00, Kto. 101 418 34)
- Sollte die Landesregierung versuchen, den Bau des AKW gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung mit Polizeigewalt durchzusetzen, verweigert die Stadt Freiburg der Landesregierung jegliche Unterstützung (wie etwa die Bereitstellung von Unterkünften für die Polizeikräfte)!

Resolution II

Die Teilnehmer der Versammlung fordern die Erstellung eines alternativen Energiekonzeptes für Freiburg, welches insbesondere die Punkte

- Rationelle Energienutzung
 - Einsatz von erneuerbaren Energieträgern
 - Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Energieform
- berücksichtigen sollte!

Die Beteiligung der Freiburger Bürger bei der Vorbereitung und Durchführung des Konzeptes muß — z.B. durch die Einrichtung von Stadtteilversammlungen — gewährleistet werden. Die von der Stadtverwaltung in Auftrag gegebene Studie zu einer „Integrierten Energieversorgung für Freiburg“ betrachten wir als einen notwendigen, aber keinesfalls ausreichenden Schritt.

Insbesondere fordern wir folgende Sofortmaßnahmen von der Stadt:

- Einrichtung einer unabhängigen Energieberatungsstelle mit direkter Verantwortlichkeit gegenüber dem Gemeinderat.
- Offenlegung der Bezugsverträge der FEW mit den Vorlieferanten von Strom und Gas sowie Offenlegung der Konzessionsverträge.
- Erstellung einer Schadstoffbilanz für den Raum Freiburg um insbesondere die Umweltbelastung durch die unterschiedlichen Ener-

gieträger und Energienutzungsformen zu erfassen und um gegebenenfalls Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

- Aufhebung von Bauvorschriften, welche das Anbringen von Sonnenkollektoren erschweren oder die passive Nutzung der Sonnenenergie unmöglich machen. Letzteres ist z.B. durch geeignete Anordnung und Größe der Fenster sowie durch Südausrichtung der Gebäude möglich.

- Umbau aller städtisch verwalteten Gebäude zu vorbildlichen Objekten bezüglich Energienutzung und Energieeinsparung.

- Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen und billigen öffentlichen Nahverkehrsnetzes. Dazu gehört z.B. die Einrichtung von Park&Ride-Systemen, um Pendlern die Benutzung der energieeffizienteren Straßenbahn zu ermöglichen.

- Ausbau von Radwegen mit derselben Priorität, mit der die dem Autoverkehr dienenden Straßenbaumaßnahmen durchgeführt werden.

- Aufstellung von Sammelcontainern bzw. Einrichtung von Sammelstellen für Aluminium, Papier, Altöl, Batterien, Arzneimittel und sonstige gefährliche Chemikalien in allen Stadtteilen. Die Wiederverwendung von Aluminium und Altpapier benötigt erheblich weniger Energie und verursacht eine geringere Schadstoffemission als die bei Neugewinnung dieser Stoffe der Fall ist.

Bitte wenden!

Desweiteren verlangen wir die Prüfung folgender Vorschläge:

- Entwicklung eines städtischen Förderprogrammes, welches Maßnahmen zur rationelleren Energienutzung und die Verwendung von erneuerbaren Energieträgern in privaten Haushalten und im Kleingewerbe durch Verordnungen, finanzielle Zuschüsse und günstige Kredite unterstützt. Das Förderprogramm muß sicherstellen, daß die durchgeführten Maßnahmen nicht zu Lasten der Mieter gehen. Zur Finanzierung des Programms soll u.a. die Konzessionsabgabe der FEW an die Stadt, — gegenwärtig 15,4 Mill. DM jährlich — verwendet werden.

Unter anderem sollten gefördert werden:

- Durchführung von energiesparenden Maßnahmen in Mietwohnungen (!) durch rechtliche und finanzielle Unterstützung der Mieter.
- Einsatz von Sonnenkollektoren zur Brauchwassererwärmung.
- Maßnahmen zur Wärmedämmung (zB. Isolierfenster)
- Verbesserungen an Heizungsanlagen wie z.B. moderne Brenner und Einbau von Regelungsanlagen.
- Die FEW übernimmt — unter Wiederherstellung öffentlicher Kontrolle — langfristig die Aufgabe, nicht nur Energie zu verteilen,

sondern auch verstärkt selbst zu erzeugen.

Konkret könnte dies geschehen durch:

- Abnahme von industrieller Abwärme zu Heizzwecken (zB. von der Firma Rhodia)
- Abnahme von privat oder gewerblich erzeugtem Strom.
- Übernahme der bestehenden Heizwerke und Umbau zu Heizkraftwerken, welche Wärme und Strom erzeugen.
- Bau von Blockheizkraftwerken zur Erzeugung von Strom und Heizwärme für einzelne Stadtgebiete wie es sich z.B. im GRÜN und in zukünftigen Neubau- und Sanierungsgebieten anbieten würde.
- Bau einer Müllverschmelzungsanlage im Rahmen eines städtischen Müllbeseitigungskonzepts, welches aus Recycling, Kompostierung ohne Klärschlamm und Verschmelzung besteht. (Die Müllverschmelzung ist eine energieeffiziente und umweltschonende Alternative zur Müllverbrennung.)
- Umrüstung von vorhandenen Elektroheizungsanlagen und Elektrowärmepumpen und Nichtzulassung neuer Anlagen dieser Art, da sie die eingesetzte Primärenergie extrem schlecht bzw. ungünstig ausnutzen.